A4 Ausfinanzierung der Hochschulen in Thüringen – Stellen erhalten & Inflation ausgleichen

Antragsteller*in: Jusos Jena

Antragstext

Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Universitäten, insbesondere zum Ausgleich der gestiegenen Personalkosten. Die gestiegenen Kosten sollen in voller Höhe durch das Land ausgeglichen werden. Hierzu sollen Sonderzahlungen an die Hochschulen erfolgen und eine angepasste Grundfinanzierung (zum dauerhaften Ausgleich der gestiegenen Lohnkosten) vereinbart werden.

Begründung

Die Friedrich-Schiller-Universität, die größte Universität und einzige Volluniversität Thüringens, steht vor großen finanziellen Problemen: Stellen können nicht mehr nachbesetzt werden, 100 Vollzeitstellen werden gekürzt und auch an den Sachmittel muss 20% gespart werden. Und auch an anderen Thüringer Hochschulen ist die finanzielle Lage prekär.

Aktuell steigert der Freistaat Thüringen die jährliche Grundfinanzierung seiner Hochschulen um jeweils drei Prozent zum Ausgleich von Kosten- und Tarifsteigerungen. Durch die Corona-Pandemie und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine kam es in den letzten Jahren jedoch zu einer überproportionalen inflationsbedingten Steigerung von Kosten, die sowohl die Universitäten als auch die Mitarbeitenden der Universitäten trifft. Im ersten Schritt führt dies zu unerwarteten Kostensteigerungen bei Forschungsprojekten, Bauvorhaben und den laufenden Betriebskosten, im zweiten Schritt entstehen auch erhöhte Personalkosten. Am 09. Dezember 2023 wurde ein neuer Tarifvertrag beschlossen. Die Tabellenentgelte erhöhen sich ab November 2024, d. h. die erhöhten Personalkosten sind noch nicht eingetreten, trotzdem leiden die Universitäten bereits unter Finanzierungsschwierigkeiten. In 2025 erfolgen weitere Erhöhungen. Für die Mitarbeitenden ein schmerzliches Ergebnis, da Verlust aus der Inflation nicht ausgeglichen werden, trotzdem ist der Kostenanstieg für die Hochschulen in Thüringen nicht bewältigbar.

Diese Lohnerhöhungen waren wichtig für die Mitarbeitenden, die in der aktuellen Krisenzeit besonders betroffen von den erhöhten Kosten sind. Die Mitarbeitenden brauchen die Lohnerhöhung auch zur Deckung grundlegender Bedürfnisse wie Heizen, Strom, Mobilität und Lebensmittel.

Der dreiprozentige Ausgleich von Kosten- und Tarifsteigerung deckt die aktuellen Kostensteigerungen nicht. Dies führt dazu, dass Hochschulen mit Einstellungsstopps und Projektkürzungen reagieren, was zu einer Verschlechterung von Wissenschaft und Bildung in Thüringen führt und insbesondere die

Arbeitsplatzsicherheit der universitären Mitarbeitenden gefährdet. Dringend gebrauchte Fachkräfte werden abgeschreckt.